

An die
Österreichische Bundesregierung
An Herrn Bundesminister Dr. Josef Ostermayer An Herrn Bundesminister Sebastian Kurz An das
Präsidium des Nationalrats

Wien, 6.11.2014

Stellungnahme von österreichischen ÄrztInnen zum Entwurf des neuen Islamgesetzes

Wir, als österreichische Ärztinnen und Ärzte, sehen mit großer Sorge, dass der neue Entwurf des Islamgesetzes an mehreren Stellen den Gleichheitsgrundsatz verletzt und fordern daher eine Überarbeitung.

Wir alle haben den Hippokratischen Eid geleistet, wir alle haben versprochen „verantwortlich zur Lösung der Probleme der menschlichen Gesellschaft und deren gedeihlicher Weiterentwicklung beizutragen, die Menschenwürde und die Menschenrechte stets zu achten und unsere beruflichen Pflichten mit gleicher Menschlichkeit gegen alle auszuüben“. Was wir in der Medizin leisten, erwarten wir uns auch von der österreichischen Politik in Bezug auf die Gleichbehandlung aller österreichischen Bürgerinnen und Bürger.

Aus diesem Grund schließen wir uns der Stellungnahme der Rechtsexperten Funk, Öhlinger, Mayer, Potz und Schinkele vom 21.10. 2014 an, die in diesem Entwurf „eine Ungleichbehandlung der islamischen Glaubensgemeinschaften in Österreich gegenüber anderen staatlich anerkannten Religionsgesellschaften bzw. eine Diskriminierung einer einzelnen Religionsgemeinschaft“ feststellen.

Wir appellieren daher an den Nationalrat diesen Entwurf des neuen Islamgesetzes nicht nur im Hinblick auf ihre Verfassungskonformität, sondern auch in Bezug auf ihre Signalwirkung für das gesellschaftliche Zusammenleben in Österreich noch einmal einer sorgfältigen Revision zu unterziehen.

Österreichische ÄrztInnen

ao. Univ. Prof. Dr. med. univ. Harald Leitich
OÄ Dr. med. univ. Zahida Chaudary
Dr. med. univ. M. A. Eitelbi
Dr. med. univ. Aischa El-Samahi